



# Gebietsreformpläne öffentlich machen

**Bodo Ramelow forderte vor den Stichwahlen die Ministerpräsidentin zur Ehrlichkeit auf**

**Mit Blick auf Äußerungen der Thüringer Ministerpräsidentin sagte der Fraktionschef der LINKEN, Bodo Ramelow: „Frau Lieberknecht, seien Sie ehrlich, Gebietsreform-Pläne der CDU gehören vor den Stichwahlen in die Öffentlichkeit.“**

„Die LINKE und ihre Kandidatinnen stehen zu dem, was sie seit Jahren gesagt haben. Wir brauchen dringend eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform“, so betonte Bodo Ramelow und verwies auf die vorliegenden Konzepte.

„Zu keinem Zeitpunkt haben unsere Kandidatinnen den Menschen Sand in die Augen gestreut oder mit ihrer Meinung hinter dem Berg gehalten. Wir haben immer deutlich gesagt, wofür wir stehen. Für uns gilt nach den Wahlen, was vor den Wahlen gesagt wurde“, so der LINKE-Fraktionschef weiter.

### Keine Geheimpapiere bei der LINKEN

Geheimpapiere in Giftschränken seien bei der LINKEN nicht üblich. „Wir haben ein tragfähiges Angebot und damit auch einen Strategievorschlag für eine umfassende Verwaltungsreform, der dann auch eine Kommunal- und Gebietsreform folgen muss, öffentlich vorgelegt. Uns geht es um bürgernahe und effiziente Strukturen. Dafür setzen wir uns sowohl im Landtag als auch in den Kommunalparlamenten ein“, betonte der LINKE-Vormann. Das Kon-

zept für eine Verwaltungs- und Gebietsreform sei allen Bürgermeistern und Landräten im vergangenen Jahr unterbreitet worden.

Bodo Ramelow stellte fest, dass die CDU offenkundig in der Staatskanzlei Strategiedebatten für eine Gebietsreform führt. „Die CDU-Landesvorsitzende und Thüringer Ministerpräsidentin wird sich vorhalten lassen müssen, dass in ihrer Staatskanzlei solche Plan- spiele durchgeführt wurden. Jetzt darf man nicht so tun, als habe es das nie gegeben.“

Der LINKE Landespolitiker verwies darauf, dass auch der CDU-Landrat Henning (Eichsfeld), der mit einem der besten Wahlergebnisse wieder gewählt wurde, sehr deutlich und sehr klar über notwendige Reformen redet und sich der Diskussion stellt.

„Derweil versucht die Landesvorsitzende der CDU aus eigenen parteitaktischen Gründen das Thema Verwaltungsreform zum Unthema zu machen. Es darf aber kein Weiteres mit der Kleinstaaterei und einem Dschungel von Zuständigkeiten geben, bei dem der Bürger am Ende nicht mehr weiß, wo das richtige Amt und wer der richtige Ansprechpartner ist“, so Bodo Ramelow.

In ihrem Konzept für eine moderne Verwaltung hatte die Linksfraktion u.a. ausgeführt: „Thüringen gehört zu den kleinsten Ländern der Bundesrepublik. Allerdings leisten wir uns mit rund 150 Landesbehörden einen viel zu starren und schwerfälligen Verwaltungsappa-

rat, der nur schwer demokratisch kontrolliert werden kann.“ Die LINKE will die mittlere Ebene der Landesverwaltung abschaffen und die bisherigen 17 Landkreise und kreisfreien Städte in Regionalkreise umwandeln.

### Bürgernähe lässt sich nicht in Kilometern messen

In dem Papier der Linksfraktion – abrufbar auf den Internetseiten – heißt es z.B. weiter: Damit künftig die Bürgerinnen und Bürger einen klaren Anlaufpunkt haben, sollen in allen Gemeinden Bürger-Service-Büros eingerichtet werden, in denen sie sämtliche Vorgänge beantragen können, unabhängig davon, ob die Gemeinde oder der Regionalkreis zuständig ist. „Bürgernähe lässt sich nicht in Kilometern messen, sondern drückt sich im Service der Behörden beim Umgang mit den Menschen aus!“

Die Linksfraktion ist vor allem auch der Überzeugung, dass das Behörden-wirrwarr aufgelöst werden muss. „Dabei lassen wir uns von den beiden Prinzipien der Einräumigkeit und der Zweistufigkeit leiten. Für das Fundament aller künftigen Verwaltungsgliederungen müssen wir nichts neu erfinden.“

Die bisherigen vier Planungsregionen, aus denen Thüringen besteht, sollten nach unserer Auffassung die Grenzen bilden, in denen jede Aufgabe einmal abgebildet wird. Damit würde das bestehende Zuständigkeitschaos aufgelöst.“

## KOMMENTIERT:

von Karola Stange

### Überfällige Rentenangleichung

*Es kann nicht hingenommen werden, dass 22 Jahre nach der Wende die Ostdeutschen bei den Renten immer noch schlechter gestellt sind als die Seniorinnen und Senioren im Westen. Die LINKE fordert mit Nachdruck: Die Renten müssen endlich an das Westniveau angeglichen werden. Wir unterstützen selbstverständlich das neu gegründete „Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern“.*

*Nicht zuletzt in Anbetracht der gestiegenen Lebenshaltungskosten ist es nicht hinzunehmen, dass die Renten-Differenz zwischen Ost und West von 138 auf 142 Euro pro Monat angewachsen ist. Wer 2009 nach 45 Jahren durchschnittlichen Verdienstes im Westen in Rente ging, erhielt eine Brutto-Standardrente von 1.224 Euro. Im Osten waren es 138 Euro weniger. Wer ab Juli 2012 nach 45 Jahren Durchschnittsverdienst im Westen in Rente gehen wird, erhält 1.263,10 Euro pro Monat. Im Osten werden es dann schon 142 Euro weniger sein. Bei einer durchschnittlichen Rentenbezugszeit von 18,5 Jahren ergibt das eine Gerechtigkeitslücke von 31.524 Euro.*

*Der Thüringer Landtag hat bereits einen Beschluss gefasst, dass sich die Landesregierung für einen schnellen Ausgleich stark machen soll. Die Linksfraktion fordert die Ministerpräsidentin auf, sich endlich dafür einzusetzen. Es ist unerträglich, dass über zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung der aktuelle Rentenwert eines Entgelt-punktes West zum 1. Juli 27,47 Euro beträgt, der eines Entgelt-punktes Ost aber nur 24,37 Euro.*

*Das ist aber nicht alles. Auch die immer noch vorhandenen Renten-lücken, wie z.B. bei der Versorgung der in der DDR geschiedenen Frauen, der Eisenbahner oder der mit-helfenden Frauen in der Landwirt-schaft, müssen unverzüglich geschlossen werden. Zudem ist es nicht länger hinzunehmen, dass zahlreiche Senioren keine Renten-erhöhung bekommen, weil sie noch immer Auffüllbeträge haben, die jedoch nicht die Lebenshaltungsko-sten abdecken.*

*Es muss schnell gehandelt werden, damit den heutigen Rentnerinnen und Rentnern mehr Gerechtigkeit widerfährt. Und hier sind besonders die Politiker aus den neuen Bundesländern gefragt.*

## AKTUELL

# Hartz IV-Sanktionen beenden

Am 26. April hatte der Bundestag über einen Antrag der Linksfraktion abgestimmt, die forderte, die Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz IV) abzuschaffen.

Diese Sanktionen verstärken die Existenznot bei den Leistungsbe-rechtigten, untergraben ihre Würde, machen sie zu Objekten der staatli-chen Bürokratie und wehrlos gegen-über den Zumutungen ausbeuteri-scher Arbeitsverhältnisse, argu-mentierte die Bundestagsfraktion.

Der Antrag wurde dennoch von einer Bundestagsmehrheit abge-lehnt. Katja Kipping, stellvertreten-de Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, hatte vor der Abstimmung betont: „Von den Grü-

nen erwarte ich Unterstützung, weil sie sich gerne als Bürgerrechtspartei inszenieren und sie sich deshalb gegen die demütigenden Sanktionen stellen sollte. Von der SPD erwarte ich Unterstützung, weil die Gewerkschaften zu-recht beschrieben haben, dass Hartz IV ungeheuren Druck auf die Löhne ausübt. Aber wissen Sie was? Im Aus-schluss haben weder SPD noch Die Grünen für die Abschaffung der San-ktionen gestimmt.“

Redner der CDU und der FDP wiesen die Kritik zurück: Sanktionen seien zu-letzt nur gegen eine „kleine Gruppe“ von 3,4 Prozent der Hilfeempfänger verhängt worden, hieß es. Außerdem verhalte sich die große Mehrheit regel-konform. Sprecher der SPD lehnten den Antrag der LINKEN zwar ebenfalls

ab, sie plädierten aber dafür, die Son-derregelungen für junge Erwachsene im Hartz-IV-System auf den Prüfstand zu stellen. Für die Betroffenen gelten bei Verstößen gegen Auflagen strengere Leistungskürzungen. So dürfen sie auch nur mit Genehmigung des Job-centers aus der Wohnung der Eltern ausziehen. Die Grünen erklärten, dass sie dies für falsch halten und forderten ein „Sanktionsmoratorium“. Aber auch das fand keine Mehrheit im Bundestag.

Für den Antrag der LINKEN votierten in namentlicher Abstimmung 68 Abge-ordnete, 429 stimmten dagegen und 67 Enthaltungen gab es. Zu den Er-gebnissen der namentlichen Abstim-mung sowie einer Internet-Themensei-te zu Hartz IV:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)